

**Antrag 58/I/2019****Abt. 03/15 Kollwitzplatz****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission: Erledigt bei Annahme 53/I/2019 (Konsens)****Do the right thing! Das Richtige tun: Mietenpolitik entschlossen anpacken**

- 1 Das Thema Mieten ist nicht nur wegen eines aktuell in
- 2 Berlin anstehenden Volksbegehrens ein extrem wichti-
- 3 ges Problem, zu dessen Losung sozialdemokratische Po-
- 4 litik entscheidend beitragen muss. Denn mehr und mehr
- 5 werden die immer starker steigenden Mieten – für Privat-
- 6 wohnungen ebenso wie für Flächen und Gebäude für Ge-
- 7 werbetreibende – zu der sozialen Frage des 21. Jahrhun-
- 8 derts.
- 9 Die SPD macht es sich aber nicht so einfach, sich einer be-
- 10 stehenden Initiative für ein Enteignungs-Volksbegehren
- 11 anzuschließen. Erst recht nicht, um dann im Erfolgsfall
- 12 Abermillionen Euro an Steuermitteln für die Entschadi-
- 13 gung enteigneter Wohnungsfirmen zu zahlen und sich so
- 14 der Finanzmittel für den dringenden Neubau von bezahl-
- 15 barem Wohnraum zu entledigen.
- 16 Stattdessen will die SPD Berlin:
- 17 • Ein Mietemoratorium / entsprechende Modelle ein-
- 18 nes Mietpreisdeckels sind schnell in Landesrecht
- 19 umzusetzen.
- 20 • Details für ein verfassungskonformes Konzept dazu
- 21 soll für die SPD- Abgeordnetenhaus-Fraktion ebenso
- 22 von der Kreis- und Landes-Kommission zu Wohnen
- 23 / Mieten ausgearbeitet werden unter Einbeziehung
- 24 von Fachleuten und Abgeordneten
- 25 • Gleiches werden sie ausarbeiten für eine Konzep-
- 26 tion zum Stopp für Bestandsmieten wie auch für
- 27 deutlich mehr Neubauten in Berlin und in Pankow
- 28 • Ebenso wird eine Strategie erarbeitet zum Erhalt,
- 29 zur Ausweitung und zum Neubau eines geschützten
- 30 Wohnungssektors.
- 31 • Diese Konzepte und Gesetzesinitiativen werden
- 32 zugig in Fachveranstaltungen für Mietenden-
- 33 Initiativen, GenossInnenschaften, sowie Fachleute
- 34 vorgestellt und münden dann in einer oder meh-
- 35 rerer Großveranstaltungen für Mietende, wo für
- 36 gesellschaftliche Unterstützung für diese Initiativen
- 37 geworben wird.
- 38 • Das Volksbegehren fordert ein "Gesetz zur Überfuh-
- 39 rung von Immobilien sowie Grund und Boden in Ge-
- 40 meineigentum zum Zwecke der Vergesellschaftung
- 41 nach Art. 15 Grundgesetz". Mit einem solchen Ge-
- 42 setz wurde in Deutschland Neuland betreten. Wir
- 43 fordern den Senat von Berlin auf, ein entsprechen-
- 44 des Gutachten erstellen zu lassen, dass erörtert, wie
- 45 ein solches Gesetz aussehen könnte, und welche ju-
- 46 ristischen Auseinandersetzungen in Folge zu erwar-
- 47 ten waren.
- 48